

Vereintes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft?	575
Gespaltener Arbeitsmarkt	583
Zahlenbeilage	

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 41/90

Berlin

11. Oktober 1990

2. Ex, 57. Jahrgang

Vereintes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft?

Erwerbsbeteiligung und Kinderzahl in beiden Teilen Deutschlands

Die Einheit Deutschlands darf die Spaltung zwischen der Gesellschaft der „Berufsfrauen“ einerseits und der „Familienfrauen“ andererseits nicht vertiefen. Vielmehr ist dem gesamtdeutschen Gesetzgeber die Aufgabe gestellt, „angesichts unterschiedlicher rechtlicher und institutioneller Ausgangspositionen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten.“ So sieht es Artikel 31, Absatz 2, des Vertrages über die Herstellung der Einheit Deutschlands vor¹.

In den neuen Bundesländern besteht die Gefahr, daß sich die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt rapide verschlechtern, wenn dort die bisher gegebenen Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf abgebaut werden. Dies sollte nicht nur unter dem Gebot der Chancengleichheit vermieden werden, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen, weil dort die Frauen für ihre Existenzsicherung in sehr viel höherem Maße auf die Erwerbstätigkeit angewiesen sind als in der bisherigen Bundesrepublik.

Auch im früheren Bundesgebiet ist der Kreis der erwerbstätigen Frauen langfristig gestiegen und heute bereits so groß, daß das bestehende, noch immer am Leitbild der Hausfrauen-Ehe ausgerichtete System der familienpolitischen Maßnahmen dringend revisionsbedürftig erscheint.

Große Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung der weiblichen Bevölkerung

Ein wesentlicher Unterschied in den Ausgangspositionen liegt in der Erwerbsbeteiligung. Der Anteil der Berufstätigen an der weiblichen Bevölkerung im Alter von 25 bis 60 Jahren betrug 1989 in der DDR rund 90 vH (nach neuesten Befragungsergebnissen des Sozio-Ökonomischen Panels vom Juni 1990 sogar 92 vH), in der Bundesrepublik dagegen nur etwa 60 vH (jeweils ohne Studentinnen, aber einschließlich der bei Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses Beurlaubten, vgl. Tabelle 1)². Frauen in der Bundesrepublik waren nicht nur seltener

¹ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands — Einigungsvertrag —. Bulletin der Bundesregierung Nr. 104, Bonn, den 6. September 1990, S. 885.

² Da es bislang in der DDR keine offene Arbeitslosigkeit gab, waren 1989 die Erwerbsquoten identisch mit den Erwerbstätigenquoten. In der Tabelle 1, in der die Erwerbsquote mit 86 vH für 1989 angegeben ist, fehlen die Berufstätigen im sogenannten X-Bereich (Militär, Polizei, Parteien). Die Befragungsergebnisse umfassen dagegen die Gesamtwirtschaft. Vgl. Arbeitsmarktstrukturen in der DDR: DIW weitet das Sozio-Ökonomische Panel auf das Gebiet der DDR aus. Bearb.: Eckhard Priller, Jürgen Schupp und Gert Wagner. Wochenbericht des DIW, Nr. 37/1990, S. 517 ff.

Tabelle 1

Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Bundesrepublik und in der DDR

Im Alter von...bis unter... Jahren	Erwerbsquoten in vH ¹⁾					
	1969		1984		1989	
	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD ²⁾	DDR
15 - 25	62,9	65,6	55,8	64,3	56,3	64,0
25 - 30	50,5	78,0	65,6	84,2	69,3	83,7
30 - 35	44,0	74,4	59,9	87,3	62,9	88,7
35 - 40	44,6	76,3	59,8	92,5	64,4	89,5
40 - 45	47,1	77,6	60,3	88,8	64,8	92,6
45 - 50	48,4	75,0	56,4	85,8	61,8	88,2
50 - 55	43,8	72,8	49,7	80,6	54,4	83,5
55 - 60	37,1	59,5	40,2	72,0	40,9	73,8
60 - 65	23,4	35,1	11,8	31,1	11,2	28,4
25 - 60	45,1	73,4	56,1	84,5	60,3	85,7

1) Anteile der Erwerbspersonen (Bundesrepublik) bzw. Berufstätigen (DDR) einer Altersgruppe an der weiblichen Bevölkerung im gleichen Alter. In der DDR — wie in der Bundesrepublik — einschließlich der Lehrlinge, aber ohne Studenten; Frauen im Babyjahr sind zu den Berufstätigen gezählt. Ohne Berufstätige im sogenannten X-Bereich (Militär, Polizei, Parteien etc. —
 2) Revidierte Hochrechnung des Statistischen Bundesamtes.

Quellen: Bundesrepublik: Ergebnisse des Mikrozensus. Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Ergebnisse der DDR: Statistisches Amt der DDR.

berufstätig, sie hatten auch eine im Durchschnitt deutlich geringere Arbeitszeit. So arbeitete in der DDR nur etwa jede zwanzigste Erwerbstätige weniger als 25 Stunden wöchentlich im Beruf, während in der Bundesrepublik ungefähr jede fünfte vergleichbar kurze Arbeitszeiten hatte³.

In der DDR unterbrachen die Mütter ihre Erwerbstätigkeit zumeist lediglich für die kurze Zeit eines „Babyjahres“⁴. Während dieser Zeit hatten sie Anspruch auf eine Lohnersatzleistung und konnten anschließend wieder auf ihren alten oder einen vergleichbaren Arbeitsplatz zurückkehren. Im Juni 1990 waren 15 vH der weiblichen Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 30 Jahren für ein „Babyjahr“ von der Erwerbsarbeit freigestellt⁵. Nach dem 35. Lebensjahr spielten Unterbrechungen in der Berufstätigkeit aufgrund der Kinderbetreuung offenbar kaum noch eine Rolle.

Bei vergleichsweise niedriger Produktivität waren Arbeitskräfte in der DDR knapp, die Frauen wurden daher als „Werkstätige“ gebraucht. Nicht nur für die vielen Alleinerziehenden, sondern auch für Ehefrauen bestand die Notwendigkeit oder zumindest ein hoher Anreiz zur Berufstätigkeit, weil infolge der niedrigen Realeinkommen sonst nur ein bescheidener Lebensstandard möglich gewesen wäre. Frauen trugen in hohem Maße — zu etwa 40 vH — zum Haushaltseinkommen von Paaren bei⁶.

Diese ökonomischen Beweggründe hätten vermutlich nicht ausgereicht, um die nahezu volle Erwerbsbeteiligung der Mütter herbeizuführen, wenn nicht die Berufstätigkeit aller Frauen ein gesellschaftspolitisches Ziel gewesen wäre. In der DDR hatten die Frauen nicht nur ein

Anrecht auf einen Arbeitsplatz, sondern auch die Pflicht, erwerbstätig zu sein. Entsprechend wurden die Voraussetzungen für die volle Berufstätigkeit auch der Mütter jüngerer Kinder geschaffen. Für nahezu alle Kinder gab es Plätze in Einrichtungen für die außerfamiliäre Betreuung während der Erwerbsarbeitszeit der Eltern, und die rechtlichen sowie betrieblichen Rahmenbedingungen waren auf die Vereinbarkeit von Kindererziehung und Berufstätigkeit ausgerichtet⁷. So hatten erwerbstätige

³ Johannes Schwarze, Martin Gornig und Michael Steinhöfel: Die Bedeutung der Frauenerwerbstätigkeit für die Einkommensverteilung in beiden deutschen Staaten. In: Arbeit und Sozialpolitik, Heft 6/1990, S. 204.

⁴ Der Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung nach Ablauf des Wochenschutzes (in besonderen Fällen auch für Väter/Großmütter) besteht beim 1. und 2. Kind bis zum 12. Lebensmonat, vom 3. Kind an bis zum 18. Lebensmonat, bei Zwillingen bis zum 2. und bei Drillingen bis zum 3. Lebensjahr. Letzteres gilt auch für alleinstehende Mütter, wenn kein Krippenplatz vorhanden ist.

⁵ Ergebnisse des Sozio-Ökonomischen Panels. Vgl. Arbeitsmarktstrukturen in der DDR, a.a.O. (Anm. 2).

⁶ Vgl. auch Erwerbstätigkeit und Einkommen von Frauen in der DDR. Bearb.: Martin Gornig, Johannes Schwarze und Michael Steinhöfel. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1990, S. 263-267.

⁷ 1989 hatten 95 vH der Kleinkinder einen Platz im Kindergarten und 81 vH der Schüler, bis sie etwa 10 Jahre alt sind, einen Platz im Hort. Diese Angaben sowie eine Übersicht über alle familienpolitischen Leistungen in der DDR bis 1989 finden sich in: Hrsg.: Gunnar Winkler: Frauenreport '90. Berlin 1990, S. 138 ff. — Vgl. auch: DDR: Stabilisierung der Geburtenrate durch Sozialpolitik. Bearb.: Heinz Vortmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 44/1989, S. 548 ff.

Mütter (in besonderen Fällen auch Väter) das Recht, sich für eine meistens ausreichend lange Zeit — notfalls mehrere Wochen — freustellen zu lassen, wenn Kinder unter 14 Jahren krank waren; Verheiratete mit mindestens zwei Kindern und alle Alleinerziehenden erhielten für die Ausfallzeiten Lohnersatzleistungen. In der Bundesrepublik gibt es in diesem Fall pro Jahr höchstens 5 Tage Urlaub mit Lohnersatzleistungen, sofern das Kind nicht älter als acht Jahre ist.

Gründe für die niedrige Erwerbsbeteiligung im bisherigen Gebiet der Bundesrepublik

Die wichtigste Ursache für die im Vergleich zur DDR sehr niedrige durchschnittliche Erwerbsbeteiligung der Frauen in der Bundesrepublik ist wohl darin zu sehen, daß hier die Kinder überwiegend von ihren Müttern betreut werden, was aufgrund relativ hoher Haushaltseinkommen erleichtert wird. Häufig ist dies auch aufgrund fehlender Möglichkeiten für die außerhäusliche Kinderbetreuung unumgänglich. Anders als in den neuen Bundesländern ist das Erwerbseinkommen der Männer in Westdeutschland häufig hoch genug, um den Lebensunterhalt der Ehefrau zu decken. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus bezogen 1988 rund sieben Mill. Frauen, das

waren fast die Hälfte der insgesamt 15 Mill. verheirateten Frauen, als „Nichterwerbspersonen“ ihren überwiegenden Lebensunterhalt von Angehörigen, im allgemeinen vom Ehemann⁸. Die Hausfrauen-Ehe wird in erheblichem Umfang gefördert durch die finanziellen Vorteile, die das Ehegatten-Splitting bei der Einkommensteuer sowie die kostengünstige Kranken- und Rentenversicherung mit sich bringen. Wie Tabelle 2 zeigt, haben die auf die Ehe bezogenen Leistungen bzw. Steuererleichterungen ein erheblich größeres Gewicht als die direkt auf den Tatbestand „Kinder“ gerichteten Transferleistungen. Das Ehegatten-Splitting und die familienpolitischen Elemente im System der Alterssicherung sind in der Bundesrepublik noch immer am Leitbild der Familie mit einem „Ernährer“ und seiner nicht oder nur eingeschränkt erwerbstätigen Ehefrau ausgerichtet. Das gleiche gilt im Prinzip für das Erziehungsgeld. Es kann jetzt für 18 Monate nach der Geburt eines Kindes gezahlt werden, reicht aber mit 600 DM monatlich — nach dem sechsten Monat wird es in Abhängigkeit vom sonstigen Haushaltseinkommen gekürzt — nicht für den Lebensunterhalt der Mutter oder des Vaters während eines Erziehungsurlaubs aus.

⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1988, Fachserie 1, Reihe 4.1.1, S. 52.

Tabelle 2

Sozialbudget 1990 Leistungen für die Funktion „Ehe und Familie“ in der Bundesrepublik

	1989	1990
	Mrd. DM	
Leistungen für Ehe und Familie i.w.S. insgesamt	195,1	201,3
darunter:		
Mutterschaftsgeld	0,9	0,9
Entgeltfortzahlung bei Mutterschaft	1,1	1,2
Erziehungsgeld	4,0	4,5
Kindergeld ¹⁾	14,1	14,8
Kinderfreibetrag nach EStG	8,0	8,5
Waisenrenten	1,9	1,8
Familienzuschläge öffentlicher und privater Arbeitgeber	10,2	10,5
Ehegattensplitting nach EStG	25,7	23,4
Weitere Steuermaßnahmen ²⁾	4,8	4,5
Ausbildungsförderung ³⁾	0,5	0,7
Jugendhilfe	13,1	14,3
Ärztliche und stationäre Behandlung bei Mutterschaft	1,2	1,2
Familienleistungen der Sozialhilfe ⁴⁾	1,9	2,1
Sachleistungen der Krankenversicherung an mitversicherte Familienangehörige	33,5	34,7
Wohngeld (Leistungen an Familien)	1,8	1,9
Witwenrenten	66,8	69,5
Kindererziehungszeiten bei der Rente	1,8	2,6

¹⁾ Einschl. Kinderzulagen, Kinderzuschüsse und Kindergeldzuschläge. — ²⁾ z. B. Kinderkomponente für erhöhte Absetzung für Wohngebäude, Haushaltsfreibetrag für Alleinstehende mit Kind. — ³⁾ Schülerausbildungsförderung des Bundes und der Länder (ohne Darlehen). — ⁴⁾ Überwiegend Hilfe zum Lebensunterhalt.

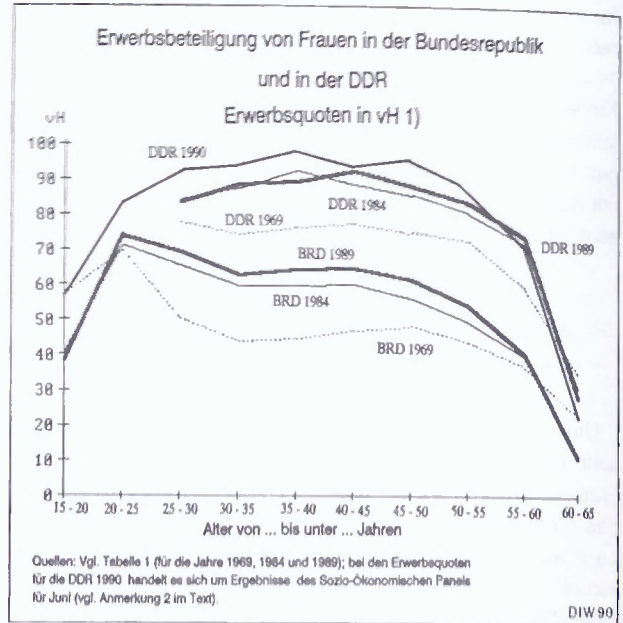
Quelle: Sozialbericht 1990. Deutscher Bundestag, Drucksache 11/7527 vom 29.06.1990, S. 136f.

Auch in der Bundesrepublik sind jedoch die Voraussetzungen oftmals nicht erfüllt, daß Mütter kleiner Kinder die Erwerbstätigkeit aufgeben können. Das gilt insbesondere für Alleinerziehende; aber auch in Paar-Haushalten mit niedrigem Einkommen des Mannes sind die Mütter kleiner Kinder überdurchschnittlich häufig berufstätig⁹. Dies zeigt auch Tabelle 3, aus der man allerdings ebenfalls ersehen kann, daß ein auskömmlicher Verdienst des Ehemannes kein hinreichender Grund für die ausschließliche Familienarbeit ist — im Gegenteil, die Erwerbsbeteiligung der Mütter ist in den oberen Einkommensklassen höher als in den mittleren.

Die Heirat ist heute kaum noch ein Grund, das Hausfrauendasein zu wählen. In den kinderlosen Ehen sind über 90 vH der Frauen berufstätig. Der Rückgang der durchschnittlichen altersspezifischen Erwerbsquoten etwa vom 22. Lebensjahr an (vgl. Abb. 1) ist fast ausschließlich mit dem Verhalten der verheirateten Mütter zu erklären. Anders als in der ehemaligen DDR geben die Ehefrauen in den alten Bundesländern auch heute noch häufig die Berufstätigkeit nicht nur kurzfristig, sondern für mehrere Jahre, wenn nicht für immer, auf. So waren 1988 von den verheirateten Müttern, deren Kinder noch im Haushalt lebten und bereits 15 Jahre und älter waren, nur 44 vH erwerbstätig und dies gut zur Hälfte mit verkürzter Arbeitszeit.

Mit der Teilzeitbeschäftigung, die immer mehr an Gewicht gewonnen hat, versuchen Frauen in der Bundesrepublik, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Sie

Abbildung 1



haben es insoweit leichter als die Frauen in der ehemaligen DDR mit den meist langen Arbeitszeiten. Jedoch steht Teilzeitarbeit, solange sie nur von Frauen und kaum

⁹ Vgl. Frauen in Familie und Beruf. Bearb.: Elke Holst und Jürgen Schupp. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 29/1990, S. 404-407.

Tabelle 3

Erwerbstätigkeit von verheirateten Müttern¹⁾,
die Kinder unter drei Jahren haben, nach dem Einkommen des Ehemannes
Ergebnisse des Mikrozensus für die Bundesrepublik

Mit monatlichem Nettoeinkommen des Ehemannes von ... bis unter ... DM	1985 Mütter		1987 Mütter		1985 Anteil der erwerbstätigen Mütter	
	insgesamt	dar. erwerbstätig	insgesamt	dar. erwerbstätig		
	in 1000				in vH	
unter 1400	61	32	52	26	52,5	48,1
1400 - 1800	220	83	147	60	37,7	40,8
1800 - 2500	578	188	571	189	27,3	29,8
2500 - 3000	166	41	186	44	24,7	23,7
3000 - 3500	112	31	114	31	27,7	27,2
3500 - 4000	60	14	73	18	23,3	24,7
4000 - 5000	58	15	72	19	25,9	26,4
5000 u. mehr	51	19	57	23	37,3	40,4
Ohne Angabe	41	17	49	18	41,5	36,7
Insgesamt	1347	410	1321	407	30,4	30,8

¹⁾ Nur Frauen, deren Ehemann erwerbstätig ist. Ohne Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt, (Hrsg.), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3, versch. Jahrgänge. Eigene Berechnungen.

von Männern ausgeübt wird, dem Ziel der Gleichberechtigung im Beruf entgegen¹⁰.

Abbildung 2

Erwerbsbeteiligung in der Bundesrepublik

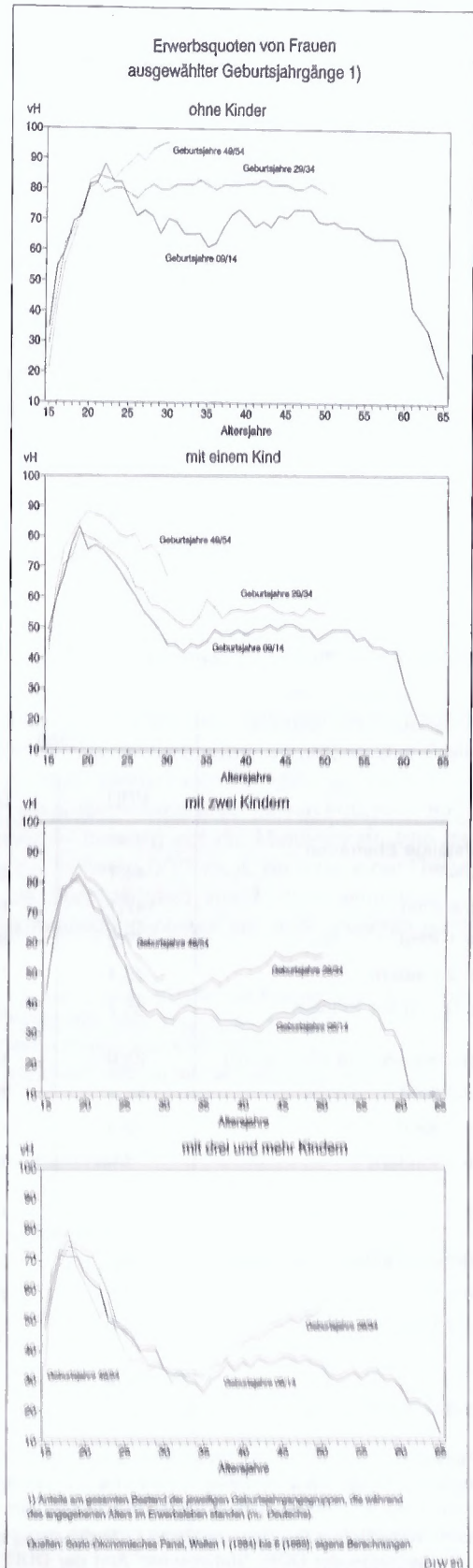
Anzahl der Kinder nach wie vor entscheidend für die Erwerbsbeteiligung im früheren Bundesgebiet

1989 betrug der Anteil der Frauen an allen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik rund 40 vH, das waren fast 12 Millionen Frauen. Trotz der seit Jahren hohen Arbeitslosigkeit, von der Frauen überproportional betroffen sind, hat die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen ständig zugenommen. Die Erwerbsbeteiligung ist langfristig deutlich gestiegen (vgl. Abb. 1), und dieser Trend dürfte anhalten. Dem kommt angesichts des jetzt stark vergrößerten Kreises berufsorientierter Frauen noch mehr Bedeutung für die Einschätzung des künftigen Arbeitskräftepotentials, aber auch für die Sozial- und Familienpolitik zu.

Die Verhaltensänderungen bringen „Längsschnittrbetrachtungen“ auf der Basis von Daten des Sozio-Ökonomischen Panels gut zum Ausdruck¹¹ (vgl. Abb. 2).

Es zeigt sich, daß die Erwerbsbeteiligung der jüngeren Frauen erheblich über derjenigen der älteren (vor 1920 geborenen) Jahrgänge liegt; dies gilt unabhängig von der Kinderzahl. Der Anstieg der Erwerbsquoten geht auch darauf zurück, daß die typischen „Hausfrauen-Ehen“ seltener geworden sind. Immer mehr Paare verzichten auf eine Eheschließung, immer häufiger leben Verheiratete getrennt, und immer mehr Kinder werden von ledigen oder geschiedenen Müttern betreut. Dieser Wandel kann jedoch die gestiegene Berufstätigkeit nur teilweise erklären; er dürfte vielmehr auf den gleichen Ursachenkomplex zurückzuführen sein wie die Veränderung des Erwerbsverhaltens. In Abhängigkeit von der Kinderzahl lassen sich bestimmte, typische Verhaltensweisen von eher familienorientierten oder eher berufsorientierten Frauen erkennen.

Die Erwerbsbeteiligung *kinderloser* Frauen war bereits bei den älteren Geburtsjahrgängen wesentlich höher als die der Mütter und erreicht heute etwa das Niveau der durchschnittlichen Erwerbsbeteiligung in der ehemaligen



¹⁰ Vgl. hierzu: Gerhard Bäcker und Brigitte Stolz-Willig: Kindererziehung, Arbeitszeiten und Soziale Sicherung, WSI-Arbeitsmaterialien Nr. 26, Düsseldorf 1990. — Jürgen Schupp: Teilzeitbeschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland. Opfer oder Gewinner der Arbeitszeitflexibilisierung? In: Sozialer Fortschritt, Heft 11/12, 1989, S. 245 ff.

¹¹ Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, bei der die Erwerbsbeteiligung in Abhängigkeit von der Zahl der (noch) im Haushalt lebenden Kinder dargestellt wird, sind die Frauen hier nach der Zahl der insgesamt von ihnen geborenen Kindern gruppiert. Das Panel ist eine Wiederholungsbefragung, mit der repräsentative Längsschnittinformationen über Personen, Haushalte und Familien erhoben werden. In die hier vorgelegten Analysen werden nur deutsche Frauen einbezogen, die an den ersten sechs Wellen (1984 bis 1989) teilgenommen haben. Das waren insgesamt 3 063 Frauen.

DDR. Bei den Frauen mit *einem* Kind liegt die Erwerbsbeteiligung auch für die jüngeren Geburtsjahrgänge deutlich darunter; sie vermindert sich bei den Frauen mit zwei bzw. drei und mehr Kindern nochmals. Mütter, die in ihrem Leben *drei oder mehr* Kinder haben, bekommen ihr erstes Kind durchschnittlich in einem früheren Alter als Frauen mit weniger Kindern und absolvieren im Durchschnitt eine kürzere Ausbildung, was mit einem geringeren Qualifikationsniveau verbunden ist. Das Erwerbsverhalten dieser Frauen unterscheidet sich bis zum dreißigsten Lebensjahr kaum von dem ihrer Mütter bzw. Großmütter. Die Erwerbsbeteiligung sinkt nach wie vor etwa vom zwanzigsten bis zum dreißigsten Lebensjahr auf 30 vH. Bei den übrigen Frauen ist indes die stärkere Berufsorientierung deutlich zu erkennen. In diesem Lebensabschnitt, in dem die weitaus überwiegende Zahl der Erst- und Zweitkinder geboren werden, zeigt sich dies an der Verlagerung der Geburt des ersten Kindes auf spätere Lebensjahre und auch an dem damit verzögerten Rückzug aus dem Beruf.

Vom 30. Lebensjahr an ist die Erwerbsbeteiligung aller Mütter gestiegen, auch bei denen mit drei und mehr Kindern. Ein großer Teil der Mütter kehrt weiterhin auch dann nicht ins Erwerbsleben zurück, wenn die Kinder nicht mehr betreut werden müssen oder das Elternhaus bereits verlassen haben. Die Entscheidung hierfür ist häufig nicht freiwillig, weil nach einer langen Familienphase eine Rückkehr in den Beruf aufgrund fortgeschrittenen Alters und dequalifizierter Ausbildung häufig nicht gelingt. Die „Familienfrauen“ leisten auch den größten Teil der mit der Betreuung pflegebedürftiger Erwachsener im Haushalt verbundenen Arbeit.

In der DDR beeinflusste die Kinderzahl die Erwerbsbeteiligung kaum. 1988 betrug die Erwerbsquote auch bei verheirateten Müttern mit einem Kind 94 vH und 91 vH bei zwei Kindern; selbst bei drei und mehr Kindern ist nur knapp jede Fünfte nicht berufstätig (vgl. Tabelle 4). So wiesen auch die Erwerbsquoten von Frauen im fortgeschrittenen Alter ein Niveau auf, das weit über dem im früheren Bundesgebiet lag.

Tabelle 4

Anteil berufstätiger Ehefrauen an den Ehefrauen insgesamt nach Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder¹⁾
in vH

	1980		1985		1988	
	BRD	DDR	BRD	DDR	BRD	DDR
Berufstätige Ehefrauen insgesamt	44,1	89,3	42,7	90,9	44,1	91,0
ohne Kind	47,1	87,2	44,4	88,7	46,0	89,4
mit 1 Kind	47,2	92,2	45,3	94,4	47,3	94,2
mit 2 Kindern	39,4	89,1	37,5	92,3	39,8	91,4
mit 3 u. mehr Kindern	35,7	81,3	31,8	73,4	34,7	83,2
Vollzeitbeschäftigte Ehefrauen ²⁾	25,0	64,5	20,8	67,0	22,8	69,0
ohne Kind	31,7	62,1	24,9	62,1	27,3	64,5
mit 1 Kind	22,4	64,4	18,4	68,4	20,3	71,8
mit 2 Kindern	17,3	67,9	14,6	74,3	15,8	73,9
mit 3 u. mehr Kindern		63,2		54,3	15,7	65,2
Teilzeitbeschäftigte Ehefrauen ³⁾	19,1	24,8	21,9	23,9	21,3	22,0
ohne Kind	15,4	25,1	19,5	26,6	18,7	24,9
mit 1 Kind	24,8	27,8	26,9	26,0	27,0	22,4
mit 2 Kindern		18,4		18,0	24,0	17,5
mit 3 u. mehr Kindern	18,4	18,1	21,6	19,1	19,0	18,0

¹⁾ Ehepaare zusammenlebend, Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Alter der Kinder in der DDR bis unter 17, in der Bundesrepublik bis unter 18 Jahre. — ²⁾ in der Bundesrepublik bei einer Wochenarbeitszeit von 40 bzw. 36 und mehr Stunden. — ³⁾ bei einer Wochenarbeitszeit in der Bundesrepublik unter 40 bzw. 35 Stunden, in der DDR unter 40 Stunden.

Quellen: Statistisches Bundesamt, (Hrsg.), Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Fachserie 1, Reihe 3, versch. Jahrgänge. — Ergebnisse der DDR: Statistisches Amt der DDR. — Eigene Berechnungen.

Die Ergebnisse des Sozio-Ökonomischen Panels für das Bundesgebiet zeigen auch, daß mit steigendem Ausbildungsniveau

- das durchschnittliche Lebensalter bei der Geburt des ersten Kindes steigt,
- die Erwerbstätigkeit seltener unterbrochen wird,
- bei einer Unterbrechung die Familienphase kürzer wird und
- die durchschnittliche Kinderzahl je Frau sinkt.

Auch dies kann für die Frauen in der DDR nicht im gleichen Maße beobachtet werden. Im Gegenteil war es offenbar vorteilhaft, Kinder bereits während oder kurz nach der Ausbildungsphase zur Welt zu bringen. Im allgemeinen war die Kinderzahl von Frauen der jüngeren Altersgruppen in der DDR nicht vom Bildungsniveau der Frau abhängig. Die Zeiten der Erwerbsunterbrechung richten sich nach den rechtlichen Möglichkeiten der Freistellung von der Arbeit, eine darüber hinaus gehende Erwerbsunterbrechung kam für Mütter kaum in Betracht.

Auch die Geburtenhäufigkeit war in der Bundesrepublik niedriger als in der DDR

Der Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen im Bundesgebiet ergibt sich auch daraus, daß sich der Anteil der kinderlosen und fast immer berufstätigen Frauen erhöht hat, von 10 vH bei den Mitte der dreißiger Jahre geborenen Frauen auf 15 vH bei den Anfang der fünfziger Jahre geborenen Frauen¹² (vgl. Tabelle 5). Bei den jüngeren Kohorten zeichnet sich ein noch höherer Anteil kinderlos bleibender Frauen ab, während er in der DDR unter 10 vH (bei Verheirateten unter 5 vH) lag¹³.

Stark zurückgegangen ist in der Bundesrepublik der Anteil der Frauen mit drei und mehr Kindern, von etwa 30 vH (Mitte der dreißiger Jahre geborene Frauen) auf 18 vH (Anfang der fünfziger Jahre geborene Frauen). Der Trend scheint sich bei den jüngeren Kohorten fortzusetzen. Er geht einher mit einem Anstieg des Anteils von

Frauen mit nur einem Kind. In der DDR änderten sich die Anteile gleichgerichtet, aber weniger ausgeprägt. Dort wurden weit mehr zweite Kinder geboren als in Westdeutschland. Darauf geht es im wesentlichen zurück, daß die durchschnittliche Kinderzahl von Frauen in der DDR weit über der von Frauen im Bundesgebiet lag. 1988 wurden in der DDR von je 1 000 Frauen 1 740 Kinder geboren, im Bundesgebiet 1 330 (jeweils zusammengefaßte Geburtenziffer). Im Jahre 1989 ist die Zahl der Geburten in der DDR je 1 000 Frauen auf 1 550 zurückgegangen, sie liegt aber auch für dieses Jahr noch über der von Frauen im Bundesgebiet.

Festzuhalten ist, daß die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR, obwohl sie im Durchschnitt mehr Kinder hatten, weitaus größer war als im Bundesgebiet. Dies deutet darauf hin, daß die zunehmende Berufsorientierung der Frauen nur dann dem Wunsch nach Kindern entgegensteht, wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erschweren.

Weiter steigende Berufsorientierung der Frauen

In Deutschland dürfte sich die Berufsorientierung von Frauen stärker durchsetzen. So ist eine weiterhin steigende Bildungsbeteiligung mit der Tendenz zur Höherqualifizierung zu erwarten. Der damit einhergehende Aufschub der Familiengründung vergrößert das Risiko der ungewollten Kinderlosigkeit; offenbar verzichtet aber auch ein größerer Kreis unter diesen Frauen — mehr oder weniger — freiwillig auf die Mutterschaft. Wie das Beispiel der früheren DDR zeigt, kann bei einer Umwelt, die auf die Berufstätigkeit von Müttern eingestellt ist, ein hohes Ausbildungsniveau mit einer größeren Kinderzahl

¹² Vgl. hierzu Erika Schulz und Roland Tautz: Erwerbstätigkeit und Kinderzahl von Frauen im Kohortenvergleich. Erscheint demnächst in den Vierteljahrsheften des DIW.

¹³ Berechnet anhand der Volkszählung 1981 in der DDR.

Tabelle 5

Anteil der Frauen nach der Kinderzahl
in vH

Kohorte	Bundesrepublik				Kohorte	DDR	
	0	1	2	3 u.m.		0	1 u.m.
1929	13,8	20,7	31,8	33,7	1930	12,8	87,2
1934	10,8	18,3	40,0	31,3	1935	10,7	89,3
1939	10,2	23,8	39,5	26,5	1939	9,5	90,5
1944	9,4	24,7	43,9	22,0	1944	8,0	92,0
1949	15,0	24,4	42,8	17,8	1949	8,6	91,4

Quellen: Für die Bundesrepublik: Sozio-Ökonomisches Panel (nur Deutsche), Welle 1 (1984) bis 6 (1989); für DDR: Volkszählung der DDR 1981.

einhergehen. Aber wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die in diesem Punkt in Westdeutschland herrschen, nicht geändert werden, könnte künftig der Anteil der Frauen ohne Kinder oder mit nur einem Kind steigen. Auch verheiratete Frauen mit einem oder zwei Kindern dürften der Berufstätigkeit mehr Bedeutung zu messen. Damit wird sich die Phase der Berufsunterbrechung nach der Geburt eines Kindes verkürzen und der Anteil von Frauen zurückgehen, die sich ausschließlich der Familien- und Hausarbeit widmen.

In der bisherigen DDR war es bisher für die meisten Frauen selbstverständlich, erwerbstätig zu sein und zugleich Kinder zu haben. Und dies, obwohl auch dort — wie im früheren Bundesgebiet — die Berufs- und Lohnstruktur der Frauen ungünstig war und man noch immer weit davon entfernt war, daß die (Ehe-)Männer sich mit den Frauen die Haus- und Familienarbeit einigermaßen gleichgewichtig teilen¹⁴.

In den fünf neuen Bundesländern werden die ökonomischen Anreize oder Zwänge zur Berufstätigkeit der Frauen noch lange bestehen bleiben. Die Wertvorstellungen sind durch das bisherige Leitbild der erwerbstätigen Mutter geprägt. Eine repräsentative Erhebung zum Kinderwunsch in den Familien der DDR im Jahre 1987¹⁵ ergab, daß die langen Arbeitszeiten zwar ein Problem darstellten und viele Mütter — wie in der Bundesrepublik — eine Teilzeitarbeit wünschen; aber nur rund 11 vH der weiblichen Befragten meinten, bei der Geburt eines Kindes ihre Ausbildung oder ihre Erwerbstätigkeit zumindest zeitweilig unterbrechen zu müssen; etwa 56 vH der befragten Frauen waren der Meinung, daß man bei voller Erwerbstätigkeit zwei Kinder haben könnte. Rund 30 vH hielten auch drei Kinder für vereinbar mit voller Erwerbstätigkeit. Die Frage nach der Kinderzahl dürfte sich wegen der drohenden Reduzierung der betrieblichen, aber auch der sonstigen Kinderbetreuungseinrichtungen neu stellen. Hinzu kommt das zuvor nicht gekannte Phänomen der Arbeitslosigkeit, von der die Frauen stärker betroffen sind als die Männer.

Fazit

Die hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und die steigende Berufsorientierung der weiblichen Bevölkerung im bisherigen Bundesgebiet lassen die am konservativen Leitbild der Hausfrauen-Ehe orientierte Familienpolitik zunehmend revisionsbedürftig erscheinen. Die finanzielle Begünstigung der Nichterwerbstätigkeit durch das steuerliche Ehegatten-Splitting sowie durch die Mitversicherung von verheirateten Frauen in der Kranken- und Altersversicherung haben problematische Wirkungen auf die Einkommensverteilung und benachteiligen auch weibliche Erwerbstätige¹⁶. Die in der Gesellschaft verbreiteten Widerstände gegen die Erwerbstätigkeit von Frauen werden

den Trend zur zunehmenden Berufsorientierung nicht umkehren. Eher ist zu vermuten, daß die Geburtenhäufigkeit noch sinkt. Will man dies vermeiden, und nimmt man das Ziel ernst, die Gleichberechtigung von Frauen im Beruf zu fördern, so müssen auch in der Marktwirtschaft die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung verändert werden¹⁷.

Statt dazu beizutragen, die weibliche Gesellschaft in Deutschland weiter zu spalten in eine Gruppe der bereits besser situierten verheirateten Hausfrauen einerseits, die gesellschaftspolitisch noch begünstigt sind, und in eine Gruppe von benachteiligten Berufstätigen andererseits, müssen die bisherigen, am Tatbestand „Ehe“ orientierten Privilegien im Transfersystem abgebaut werden. An ihre Stelle sollten Maßnahmen treten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern:

- Dringend erforderlich ist ein qualitativ und quantitativ ausreichendes Angebot von Einrichtungen für die familienergänzende Betreuung von Kindern im Kindergarten- und Schulalter sowie von pflegebedürftigen Erwachsenen.
- Die Regelungen über das Erziehungsgeld sollten so modifiziert werden, daß *allen* auf Erwerbstätigkeit angewiesenen Eltern phasenweise Arbeitszeitverkürzungen für die Betreuung jüngerer Kinder ermöglicht und auch Väter zur Übernahme familiärer Pflichten motiviert werden.
- Der Versicherungsschutz der Eltern für die Betreuung kranker Kinder muß erweitert werden; auch ist das Risiko der Pflegebedürftigkeit Erwachsener besser abzusichern.
- Betriebliche Maßnahmen, die auf die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerichtet sind, müßten staatlich gefördert werden.

Derartige Maßnahmen können dazu beitragen, die Familien- und die Erwerbsarbeit gleichmäßiger auf Männer und Frauen zu verteilen. Nur dann lassen sich letztlich die Benachteiligungen von Frauen im Beruf abbauen.

¹⁴ Vgl. Sabine Schenk: Die Situation erwerbstätiger Frauen in der DDR. In: Sozialer Fortschritt, Heft 7, 1990, S. 149 ff.

¹⁵ Es wurden insgesamt 4 136 Personen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren, davon 2 710 Frauen in fünf ausgewählten Regionen befragt. Juliane Roloff: Ausgewählte materielle Lebensbedingungen und deren Einfluß auf die Herausbildung und Realisierung des Kinderwunsches in den Familien der DDR. In: Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft. Berlin 1990, S. 249 f.

¹⁶ Vgl. hierzu Ellen Kirner: Konsequenzen der gesellschaftlichen Organisation von Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit für sozial- und familienpolitische Regelungen im Transfersystem. In: Sozialer Fortschritt, Heft 7, 1990, S. 145 ff.

¹⁷ Vgl. Notburga Ott et al.: Marktwirtschaftliche Möglichkeiten einer erziehungsfreundlichen Erwerbsarbeit in Deutschland. In: Sozialer Fortschritt, Heft 7, 1990, S. 152 ff.

Gespaltener Arbeitsmarkt

Beschäftigung und Einkommen in Deutschland im ersten Halbjahr 1990¹

Auch nach der politischen Vereinigung der beiden deutschen Staaten werden sich die Arbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland in unterschiedliche Richtungen entwickeln. Während die Beschäftigung in Westdeutschland weiterhin kräftig expandieren wird, nehmen die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf dem Gebiet der früheren DDR noch zu. Dem muß in den nächsten Monaten durch ein massives, aus öffentlichen Mitteln gestütztes Programm begegnet werden.

Der westdeutsche Arbeitsmarkt hat sich in den beiden ersten Quartalen dieses Jahres weiterhin sehr dynamisch entwickelt. Im ersten Halbjahr fanden 260 000 Menschen zusätzlich einen Arbeitsplatz; der entsprechende Vorjahreswert wurde in den beiden Quartalen um 623 000 (2,6 vH) bzw. 667 000 (2,7 vH) übertroffen. Dies ist der stärkste Anstieg der Beschäftigung seit Ende der sechziger Jahre.

Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes zeigte sich daran, daß trotz des stark gestiegenen Arbeitsangebots — vom 4. Quartal 1989 bis zum 2. Quartal 1990 kamen insgesamt 815 000 Aus- und Übersiedler nach Westdeutschland — die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr weiter abnahm.

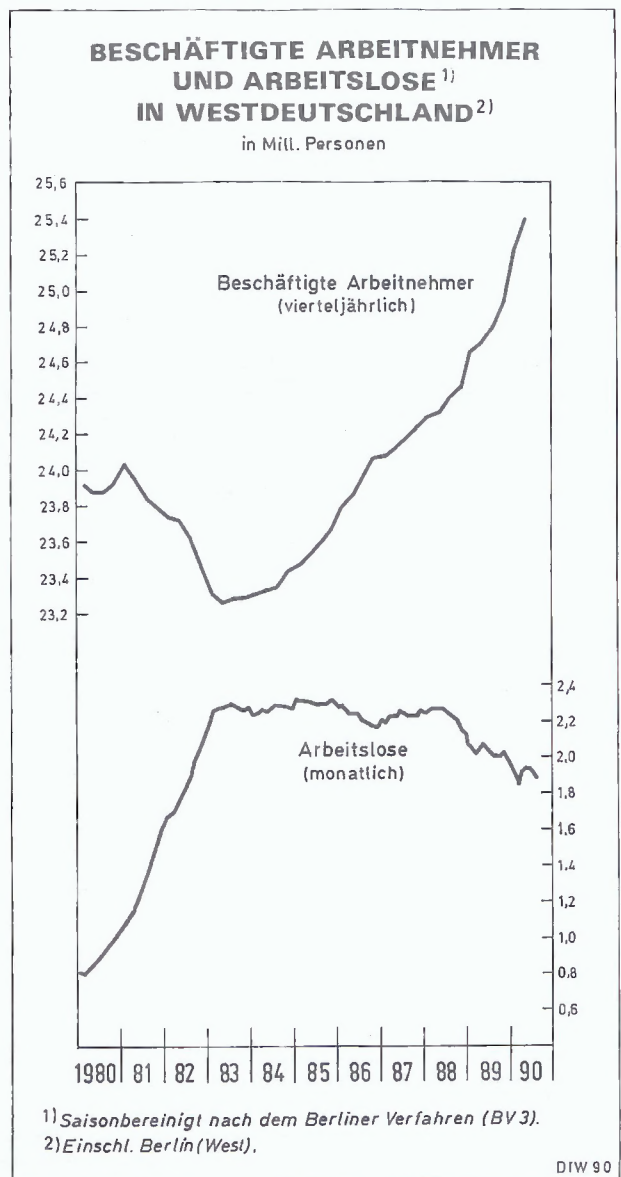
Der Rückgang der Arbeitslosigkeit schwächte sich jedoch ab. Im ersten Quartal 1990 nahm die Zahl der arbeitslosen Personen gegenüber dem Vorjahr um 150 000 (6,6 vH) ab. Im 2. Quartal belief sich der Rückgang auf 127 000 (6,3 vH); im dritten Quartal des Vorjahres waren es noch 10,4 vH gewesen. Der leichte Anstieg der saisonbereinigten Zahl der Arbeitslosen im zweiten Jahresviertel 1990 ist hauptsächlich mit der extrem milden Witterung im ersten Quartal sowie mit anderen Sondereinflüssen zu erklären.

Trotz des hohen Sockels an Arbeitslosigkeit reichte offenbar der starke Anstieg des Arbeitsangebots nicht aus, um die gestiegene Arbeitskräftenachfrage voll zu befriedigen. Zwei Indikatoren — die Zahl der offenen Stellen sowie die vom Ifo-Institut ermittelte Beeinträchtigung durch Arbeitskräftemangel im verarbeitenden Gewerbe — weisen im Vergleich zum Vorjahr deutlich auf diesen Effekt hin. Auch die Tatsache, daß im ersten Halbjahr 1990 erheblich mehr Arbeitserlaubnisse für neu eingereiste Ausländer erteilt wurden, ist ein Hinweis darauf, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem vorhandenen Potential nicht vollständig befriedigt werden konnte. Die hohen Beschäftigungszuwächse sind demnach zu einem Teil erst durch das zusätzliche Angebot ermöglicht worden.

Wie schon seit längerem war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1990 von hohen Zu- und Abgangszahlen gekennzeichnet. Bei einem durchschnittlichen Bestand von etwa 2 Mill. Arbeitslosen waren 1,8 Mill. Personen neu von Arbeitslosigkeit betroffen. Demgegenüber fanden 2,1 Mill. Arbeitslose einen neuen

Arbeitsplatz. Bei dem überwiegenden Teil des Arbeitslosenbestandes handelt es sich daher um Kurzzeitarbeitslose. Die kräftige Ausdehnung der Beschäftigung hat

¹ Derzeit ist eine sektoral disaggregierte Analyse der Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung für das Gebiet der früheren DDR noch nicht möglich.



Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾
im 1. Quartal 1990

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen								Veränderung gegen- über Vorjahr in vH			
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende					
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	148	97	31	20	59	31	17	11	207	2,1	0,0	1,5
Bergbau	172	125	33	14	5	1	4	0	177	-5,5	0,0	-5,3
Energiewirtschaft	227	129	86	12	38	9	26	3	265	1,3	0,0	1,1
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	5978	3906	1644	428	2281	1319	819	143	8259	2,8	2,8	2,8
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1160	763	333	64	263	99	149	15	1423	1,4	1,9	1,5
Investitionsgüter	3344	2110	983	251	984	546	390	48	4328	3,3	3,5	3,3
Verbrauchsgüter	1051	747	236	68	729	524	167	38	1780	2,4	2,4	2,4
Nahrungs- und Genußmittel	423	286	92	45	305	150	113	42	728	2,9	2,7	2,8
Baugewerbe	1448	1129	189	130	165	21	131	13	1613	2,8	1,9	2,7
Produzierendes Gewerbe	7825	5289	1952	584	2489	1350	980	159	10314	2,5	2,7	2,6
Handel	1607	513	1004	90	1948	287	1533	128	3555	3,1	3,2	3,2
Verkehr ⁴⁾	1100	501	552	47	347	97	232	18	1447	0,5	1,5	0,7
Handel und Verkehr	2707	1014	1556	137	2295	384	1765	146	5002	2,0	3,0	2,5
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	2480	370	2071	39	1706	250	1385	71	4186	0,2	0,5	0,3
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	468	16	417	35	489	33	420	36	957	2,9	3,2	3,0
Gastgewerbe	237	129	85	23	354	194	125	35	591	1,3	1,7	1,5
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	248	207	32	9	717	589	76	52	965	5,5	5,3	5,3
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	1094	254	773	67	1704	281	1161	262	2798	5,7	5,2	5,4
Dienstleistungen, gesamt	4527	976	3378	173	4970	1347	3167	456	9497	2,1	3,1	2,6
Insgesamt	15207	7376	6917	914	9813	3112	5929	772	25020	2,3	3,0	2,6
Bruttolöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1169	717	409	43	362	179	160	23	1531	4,6	4,0	4,4
Bergbau	2109	1412	642	55	66	9	57	0	2175	-0,7	3,1	-0,6
Energiewirtschaft	2590	1352	1201	37	362	67	287	8	2952	4,6	3,4	4,5
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	71149	40477	29659	1013	18793	8973	9489	331	89942	7,2	7,6	7,3
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	15133	8445	6529	159	2618	756	1825	37	17751	4,6	5,4	4,8
Investitionsgüter	41424	22743	18090	591	8982	4116	4754	112	50406	8,1	8,6	8,2
Verbrauchsgüter	10567	6743	3658	166	5077	3256	1729	92	15644	7,3	7,3	7,3
Nahrungs- und Genußmittel	4025	2546	1382	97	2116	845	1181	90	6141	6,8	6,7	6,7
Baugewerbe	12057	8994	2740	323	1352	170	1151	31	13409	7,1	6,7	7,0
Produzierendes Gewerbe	87905	52235	34242	1428	20573	9219	10984	370	108478	6,9	7,4	7,0
Handel	16115	4076	11853	186	13419	1762	11394	263	29534	8,5	9,1	8,8
Verkehr ⁴⁾	10621	4149	6363	109	2752	541	2170	41	13373	3,9	4,8	4,1
Handel und Verkehr	26736	8225	18216	295	16171	2303	13564	304	42907	6,7	8,4	7,3
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	24754	2993	21663	98	14018	1317	12525	176	38772	3,4	4,0	3,6
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	6046	145	5801	100	4652	231	4320	101	10698	7,2	7,9	7,5
Gastgewerbe	1876	929	899	48	1811	958	784	69	3687	4,8	5,2	5,0
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	1663	1314	333	16	3442	2834	525	83	5105	8,9	9,9	9,5
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	10453	1933	8375	145	9539	1401	7583	555	19992	9,8	9,9	9,9
Dienstleistungen, gesamt	44792	7314	37071	407	33462	6741	25737	984	78254	5,6	6,8	6,1
Insgesamt	160602	68491	89938	2173	70568	18442	50445	1681	231170	6,5	7,3	6,7
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	2633	2464	4398	717	2045	1925	3137	697	2465	2,4	4,0	2,9
Bergbau	4087	3765	6485	1310	4400	3000	4750	.	4096	5,1	3,1	5,0
Energiewirtschaft	3803	3494	4655	1028	3175	2481	3679	889	3713	3,3	3,4	3,3
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	3967	3454	6014	789	2746	2268	3862	772	3630	4,3	4,6	4,4
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	4349	3689	6536	828	3318	2545	4083	822	4158	3,2	3,4	3,2
Investitionsgüter	4129	3593	6134	785	3043	2513	4063	778	3882	4,7	4,9	4,7
Verbrauchsgüter	3351	3009	5167	814	2321	2071	3451	807	2930	4,8	4,8	4,8
Nahrungs- und Genußmittel	3172	2967	5007	719	2313	1878	3484	714	2812	3,7	3,9	3,8
Baugewerbe	2776	2655	4832	828	2731	2698	2929	795	2771	4,2	4,8	4,2
Produzierendes Gewerbe	3745	3292	5847	815	2755	2276	3736	776	3506	4,3	4,6	4,3
Handel	3343	2648	3935	689	2296	2046	2477	685	2769	5,2	5,7	5,4
Verkehr ⁴⁾	3218	2760	3842	773	2644	1859	3118	759	3081	3,5	3,3	3,4
Handel und Verkehr	3292	2704	3902	718	2349	1999	2562	694	2859	4,5	5,3	4,7
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	3327	2696	3487	838	2739	1756	3014	826	3087	3,2	3,5	3,3
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	4306	3021	4637	952	3171	2333	3429	935	3726	4,2	4,6	4,3
Gastgewerbe	2639	2401	3525	696	1705	1646	2091	657	2080	3,5	3,4	3,4
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2235	2116	3469	593	1600	1604	2303	532	1763	3,2	4,3	4,0
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	3185	2537	3611	721	1866	1662	2177	706	2382	3,9	4,5	4,2
Dienstleistungen, gesamt	3298	2498	3658	784	2244	1668	2709	719	2747	3,4	3,6	3,4
Insgesamt	3520	3095	4334	792	2397	1975	2836	726	3080	4,1	4,3	4,1

1) Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — 5) Einschl. Soldaten. — 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — 7) Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — 8) Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monateinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U.a. fotografisches Gewerbe, Wäsche-
reien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — ⁸⁾ Einschl. tar-
riflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatslohn, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Beschäftigte und Einkommen der Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾
im 2. Quartal 1990

Wirtschaftsbereich	Absolute Zahlen									Veränderung gegen- über Vorjahr in vH		
	Männer				Frauen				Ins- gesamt	Männer	Frauen	Ins- gesamt
Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende	Gesamt	Arbeiter	Ang.u. Beamte	Auszu- bildende					
Beschäftigte Arbeitnehmer (in 1000 Personen)												
Land- und Forstwirtschaft	168	117	31	20	67	39	17	11	235	0,6	0,0	0,4
Bergbau	169	122	33	14	5	1	4	0	174	-5,6	0,0	-5,4
Energiewirtschaft	229	130	87	12	38	9	26	3	267	1,8	0,0	1,5
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	6017	3941	1656	420	2297	1335	823	139	8314	2,9	3,1	3,0
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1167	770	334	63	264	100	149	15	1431	1,3	1,5	1,3
Investitionsgüter	3369	2129	993	247	991	553	392	46	4360	3,5	3,6	3,5
Verbrauchsgüter	1056	754	236	66	736	530	169	37	1792	2,6	2,8	2,7
Nahrungs- und Genußmittel	425	288	93	44	306	152	113	41	731	3,9	3,4	3,7
Baugewerbe	1491	1174	190	127	166	21	132	13	1657	1,9	2,5	2,0
Produzierendes Gewerbe	7906	5367	1966	573	2506	1366	985	155	10412	2,5	3,0	2,6
Handel	1623	518	1016	89	1971	290	1555	126	3594	3,8	3,8	3,8
Verkehr ⁴⁾	1112	510	555	47	352	99	235	18	1464	0,9	1,7	1,1
Handel und Verkehr	2735	1028	1571	136	2323	389	1790	144	5058	2,6	3,5	3,0
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	2482	370	2073	39	1709	250	1389	70	4191	0,3	0,5	0,4
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	472	16	421	35	493	33	424	36	965	2,8	3,1	3,0
Gastgewerbe	248	139	86	23	376	215	127	34	624	2,1	1,6	1,8
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	255	214	32	9	747	617	78	52	1002	5,4	5,2	5,3
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	1120	262	793	65	1737	291	1187	259	2857	5,7	5,2	5,4
Dienstleistungen, gesamt	4577	1001	3405	171	5062	1406	3205	451	9639	2,2	3,1	2,7
Insgesamt	15386	7513	6973	900	9958	3200	5997	761	25344	2,4	3,1	2,7
Bruttoöhne und -gehälter (in Mill. DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	1306	849	413	44	411	228	160	23	1717	3,6	3,5	3,6
Bergbau	2190	1456	678	56	67	9	58	0	2257	2,1	4,7	2,2
Energiewirtschaft	2597	1358	1202	37	355	68	279	8	2952	5,4	3,5	5,1
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	78528	44910	32609	1009	20709	9795	10588	326	99237	8,3	8,4	8,3
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	17208	9501	7548	159	2981	835	2109	37	20189	7,3	8,6	7,5
Investitionsgüter	45462	25254	19618	590	10033	4537	5387	109	55495	9,1	9,3	9,2
Verbrauchsgüter	11510	7385	3961	164	5484	3515	1878	91	16994	7,3	7,6	7,4
Nahrungs- und Genußmittel	4348	2770	1482	96	2211	908	1214	89	6559	6,7	6,2	6,6
Baugewerbe	15644	12343	2980	321	1402	163	1208	31	17046	8,8	9,4	8,8
Produzierendes Gewerbe	98959	60067	37469	1423	22533	10035	12133	365	121492	8,2	8,4	8,2
Handel	16615	4151	12278	186	13817	1798	11758	261	30432	9,4	10,0	9,7
Verkehr ⁴⁾	10958	4388	6460	110	2876	570	2264	42	13834	5,4	6,2	5,6
Handel und Verkehr	27573	8539	18738	296	16693	2368	14022	303	44266	7,8	9,4	8,4
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	25281	3116	22066	99	14692	1389	13128	175	39973	5,4	6,0	5,6
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	6109	144	5864	101	4729	235	4391	103	10838	7,9	8,5	8,2
Gastgewerbe	1947	983	916	48	1908	1037	804	67	3855	5,7	5,6	5,7
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	1734	1376	342	16	3594	2967	543	84	5328	9,1	10,1	9,8
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	10852	2022	8685	145	9829	1473	7792	564	20681	10,1	10,2	10,1
Dienstleistungen, gesamt	45923	7641	37873	409	34752	7101	26658	993	80675	6,9	7,9	7,3
Insgesamt	173761	77096	94493	2172	74389	19732	52973	1684	248150	7,7	8,3	7,9
Monatliches Durchschnittseinkommen (in DM) ⁸⁾												
Land- und Forstwirtschaft	2591	2419	4441	733	2045	1949	3137	697	2435	3,0	3,5	3,1
Bergbau	4320	3978	6848	1333	4467	3000	4833	.	4324	8,1	4,7	8,0
Energiewirtschaft	3780	3482	4605	1028	3114	2519	3577	889	3685	3,5	3,5	3,6
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	4350	3799	6564	801	3005	2446	4288	782	3979	5,2	5,2	5,2
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	4915	4113	7533	841	3764	2783	4718	822	4703	5,9	7,0	6,0
Investitionsgüter	4498	3954	6585	796	3375	2735	4581	790	4243	5,5	5,6	5,5
Verbrauchsgüter	3633	3265	5595	828	2484	2211	3704	820	3161	4,6	4,6	4,6
Nahrungs- und Genußmittel	3410	3206	5312	727	2408	1991	3581	724	2991	2,7	2,8	2,8
Baugewerbe	3497	3505	5228	843	2815	2587	3051	795	3429	6,7	6,8	6,7
Produzierendes Gewerbe	4172	3731	6353	828	2997	2449	4106	785	3889	5,5	5,3	5,4
Handel	3412	2671	4028	697	2337	2067	2520	690	2822	5,4	6,0	5,6
Verkehr ⁴⁾	3285	2868	3880	780	2723	1919	3211	778	3150	4,4	4,4	4,4
Handel und Verkehr	3361	2769	3976	725	2395	2029	2611	701	2917	5,0	5,6	5,2
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	3395	2807	3548	846	2866	1852	3150	833	3179	5,0	5,4	5,2
Geld-, Bank- u. Versicherungsgewerbe	4314	3000	4643	962	3197	2374	3452	954	3744	4,9	5,2	5,0
Gastgewerbe	2617	2357	3550	696	1691	1608	2110	657	2059	3,6	4,0	3,8
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	2267	2143	3563	593	1604	1603	2321	538	1772	3,6	4,7	4,3
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	3230	2573	3651	744	1886	1687	2188	726	2413	4,2	4,7	4,5
Dienstleistungen, gesamt	3344	2544	3708	797	2288	1683	2773	734	2790	4,6	4,6	4,5
Insgesamt	3764	3421	4517	804	2490	2055	2944	738	3264	5,2	5,0	5,1

1) Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — 2) Einschl. Berlin (West). — 3) Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — 4) Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — 5) Einschl. Soldaten. — 6) U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Frisuren, Gebäudereinigung. — 7) Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. — 8) Einschl. tariflicher und außertariflicher Sonderzahlungen (13. Monatseinkommen, Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Gratifikationen u.a.).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

gleichwohl auch gewisse Auswirkungen auf die Langzeitarbeitslosigkeit. Ende Juni hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit in 53 Arbeitsämtern, die die Bewerberstatistik per EDV erstellen, auf etwa 30 vH verringert², gegenüber 32 vH im September 1989. Hochgerechnet hätten demnach etwa 37 000 Langzeitarbeitslose einen Arbeitsplatz bekommen.

Die anhaltend gute Konjunktur am Arbeitsmarkt hielt auch im 3. Quartal an. Von Juli bis September nahm die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt um 87 000 ab.

Gänzlich anders entwickelte sich der Arbeitsmarkt auf dem Gebiet der früheren DDR nach Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen schon von Dezember 1989 bis Juni 1990 von „definitionsgemäß“ Null auf etwa 143 000 gestiegen war, kam es von Juli an zu einem dramatischen Beschäftigungseinbruch. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich innerhalb eines Monats. Diese Entwicklung setzte sich auch im August und September fort. Ende September waren 445 000 Personen von Arbeitslosigkeit betroffen; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 5,0 vH.

Der Umfang des Beschäftigungseinbruchs läßt sich aber nicht allein mit Blick auf die Arbeitslosenquote abgreifen. Zusätzlich zum Arbeitslosenbestand müssen auch Niveau und Entwicklung der Kurzarbeit sowie die Besonderheiten des Arbeitsförderungsgesetzes für das Gebiet der früheren DDR mit in die Arbeitsmarktanalyse einbezogen werden. Im August waren 1,5 Mill. Personen von Kurzarbeit betroffen. Der weitaus größte Teil (über 95 vH) sind Kurzarbeiter, die gemäß § 63 Abs. 5 Arbeitsförderungsgesetz der früheren DDR angemeldet worden sind. Diese Regelung sieht vor, daß Kurzarbeitergeld auch dann gewährt wird, wenn ein Auftragsmangel nicht nur vorübergehender Natur, sondern dauerhaft ist bzw. wenn Entlassungen durch betriebsorganisatorische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland vermieden werden können. Kurzarbeiter und Kurzarbeiterinnen, die gemäß diesem Paragraphen Unterstützung erhalten, müssen dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Vermittlung auf andere Arbeitsplätze zur Verfügung stehen³. Kurzarbeit, die unter diese Regelung fällt, ist daher nicht mit Kurzarbeit in Westdeutschland gleichzusetzen.

Die Bedeutung der Kurzarbeit im Verhältnis zur Arbeitslosigkeit auf dem Gebiet der früheren DDR wird durch einen Vergleich mit der Bundesrepublik in den Zeiten größter Beschäftigungseinbrüche deutlich. Lediglich von Ende 1974 bis Anfang 1976 überstieg das Verhältnis von Arbeitslosigkeit zu Kurzarbeit die Relation 1 zu 0,5; das Verhältnis 1:1 wurde jedoch nie erreicht. In Ostdeutschland überstieg jedoch die Zahl der Kurzarbeiter die Zahl der Arbeitslosen im August 1990 um das dreifache. In Westdeutschland waren im Jahr 1983 3,6 Mill. Personen

von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen, rund 15 vH der abhängigen Erwerbspersonen. Der Beschäftigungseinbruch war damals das Ergebnis einer zweijährigen konjunkturellen Schwächephase. Auf dem Gebiet der früheren DDR wurden jedoch innerhalb von nur zwei Monaten etwa 20 vH der Erwerbstätigen in der einen oder anderen Form mit Erwerbslosigkeit konfrontiert.

Besorgniserregend ist auch die Entwicklung des Lehrstellenmarktes in Ostdeutschland. Der Anteil arbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren ist von 17,7 vH Ende Mai auf 21,1 vH Ende August gestiegen. Besonders alarmierend ist der Anstieg von Lehrvertragsauflösungen, deren Zahl sich im Juli dieses Jahres innerhalb von zwei Wochen verdreifacht hat. Um diesen Prozeß aufzuhalten, bedarf es einer umfangreichen Ausweitung der bestehenden Ausbildungsförderungsprogramme, damit Ausbildungsplätze erhalten bzw. neu geschaffen werden — zum einen, um die zukünftigen Einstellungschancen der Jugendlichen zu erhalten, zum anderen, um das Entwicklungspotential auf dem Gebiet der früheren DDR nicht durch einen Fachkräftemangel zu gefährden. Der Facharbeitermangel in Westdeutschland Ende der achtziger Jahre hatte seine Ursache unter anderem in der zurückhaltenden Ausbildungstätigkeit der Wirtschaft in der ersten Hälfte jenes Jahrzehnts.

Sektorale Beschäftigung in Westdeutschland⁴

Die Beschäftigungsexpansion im verarbeitenden Gewerbe lag in den ersten beiden Quartalen 1990 im Trend der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Saisonbereinigt erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im ersten Halbjahr um 150 000 Personen. Wie bereits in früheren Jahren wurde die Beschäftigungsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe von der Expansion des Investitionsgütergewerbes getragen. Im Durchschnitt der ersten beiden Quartale wuchs die Beschäftigung in diesem Bereich um 3,4 vH gegenüber dem Vorjahreswert. Von den drei wichtigsten Zweigen des Investitionsgütergewerbes (Maschi-

² Vgl.: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 38. Jg., Nr. 8, Nürnberg 1990.

³ Vgl. Arbeitsförderungsgesetz, Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I, Nr. 36, 1990.

⁴ Die Ergebnisse der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987 haben gezeigt, daß mit den seit 1970 fortgeschriebenen Erwerbstätigenzahlen das Niveau von 1987 um etwa 1 Mill. Personen unterschätzt wurde. Deshalb waren umfangreiche Neuberechnungen der Beschäftigtenzahlen notwendig. Insbesondere bedurfte es einer Korrektur der monatlichen Durchschnittseinkommen, da die Bruttolohn- und -gehaltssumme nur wenig revidiert wurde. Auf Basis der amtlichen Eckwerte für das Jahr 1987 hat das DIW die sektorale Beschäftigung und die monatlichen Durchschnittseinkommen nach beruflicher Stellung neuberechnet. Die hier veröffentlichten Zahlen sind mit den in früheren Wochenberichten abgedruckten Ergebnissen nicht mehr vergleichbar.

Beschäftigte Arbeitnehmer¹⁾ in Westdeutschland²⁾

	1987		1988				1989				1990	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Absolute Zahlen in Tausend												
Land- u. Forstwirtschaft	244	238	200	234	245	237	204	234	242	232	207	235
Bergbau	202	201	198	195	193	190	187	184	183	180	177	174
Energiewirtschaft	259	260	260	261	261	262	262	263	263	264	265	267
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	8054	8049	7964	7973	8057	8073	8036	8075	8189	8227	8259	8314
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	1427	1422	1398	1407	1421	1422	1402	1412	1430	1433	1423	1431
Investitionsgüter	4172	4171	4139	4139	4176	4189	4188	4213	4274	4300	4328	4360
Verbrauchsgüter	1727	1729	1721	1723	1732	1735	1738	1745	1758	1765	1780	1792
Nahrungs- u. Genußmittel	728	727	706	704	728	727	708	705	727	729	728	731
Baugewerbe	1697	1683	1535	1623	1673	1662	1571	1625	1668	1668	1613	1657
Produzierendes Gewerbe	10212	10193	9957	10052	10184	10187	10056	10147	10303	10339	10314	10412
Handel	3320	3372	3359	3385	3388	3445	3445	3461	3467	3535	3555	3594
Verkehr ⁴⁾	1453	1459	1441	1447	1453	1456	1437	1448	1456	1460	1447	1464
Handel und Verkehr	4773	4831	4800	4832	4841	4901	4882	4909	4923	4995	5002	5058
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	4159	4161	4165	4166	4167	4169	4173	4174	4175	4177	4186	4191
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	884	896	901	909	915	924	929	937	941	947	957	965
Gastgewerbe	611	610	575	606	619	617	582	613	626	623	591	624
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	878	908	885	908	906	937	916	952	950	979	965	1002
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	2505	2581	2558	2592	2595	2672	2655	2711	2714	2788	2798	2857
Dienstleistungen, gesamt	9037	9156	9084	9181	9202	9319	9255	9387	9406	9514	9497	9639
Insgesamt	24266	24418	24041	24299	24472	24644	24397	24677	24874	25080	25020	25344
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH												
Land- u. Forstwirtschaft	-4,3	-4,4	-2,0	-3,3	0,4	-0,4	2,0	0,0	-1,2	-2,1	1,5	0,4
Bergbau	-3,3	-4,3	-4,3	-4,9	-4,5	-5,5	-5,6	-5,6	-5,2	-5,3	-5,3	-5,4
Energiewirtschaft	0,8	0,8	1,6	1,2	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	1,1	1,5
Verarbeitendes Gewerbe ³⁾	-0,2	-0,5	-0,5	-0,3	0,0	0,3	0,9	1,3	1,6	1,9	2,8	3,0
dav.: Grundstoff- u. Prod.-güter	-1,8	-1,7	-1,1	-0,8	-0,4	0,0	0,3	0,4	0,6	0,8	1,5	1,3
Investitionsgüter	0,3	-0,1	-0,4	-0,3	0,1	0,4	1,2	1,8	2,3	2,6	3,3	3,5
Verbrauchsgüter	-0,4	-0,5	-0,3	0,1	0,3	0,3	1,0	1,3	1,5	1,7	2,4	2,7
Nahrungs- u. Genußmittel	-0,1	0,0	-0,4	-0,3	0,0	0,0	0,3	0,1	-0,1	0,3	2,8	3,7
Baugewerbe	-1,7	-1,8	-0,2	-1,2	-1,4	-1,2	2,3	0,1	-0,3	0,4	2,7	2,0
Produzierendes Gewerbe	-0,5	-0,7	-0,5	-0,5	-0,3	-0,1	1,0	0,9	1,2	1,5	2,6	2,6
Handel	1,7	1,5	2,1	2,4	2,0	2,2	2,6	2,2	2,3	2,6	3,2	3,8
Verkehr ⁴⁾	0,4	0,1	0,2	0,1	0,0	-0,2	-0,3	0,1	0,2	0,3	0,7	1,1
Handel und Verkehr	1,3	1,1	1,5	1,7	1,4	1,4	1,7	1,6	1,7	1,9	2,5	3,0
Öffentlicher Dienst ⁵⁾	0,5	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,4
Geld-, Bank- u. Vers.-gewerbe	3,2	3,1	3,3	3,4	3,5	3,1	3,1	3,1	2,8	2,5	3,0	3,0
Gastgewerbe	1,2	1,3	1,6	1,3	1,3	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,5	1,8
Dienstleistungshandwerk ⁶⁾	5,3	4,4	6,1	4,6	3,2	3,2	3,5	4,8	4,9	4,5	5,3	5,3
Sonstige Dienstleistungen ⁷⁾	4,4	3,5	5,6	4,2	3,6	3,5	3,8	4,6	4,6	4,3	5,4	5,4
Dienstleistungen, gesamt	2,3	2,0	2,6	2,1	1,8	1,8	1,9	2,2	2,2	2,1	2,6	2,7
Insgesamt	0,8	0,6	1,0	0,9	0,8	0,9	1,5	1,6	1,6	1,8	2,6	2,7

¹⁾ Inländerkonzept; einschl. Heimarbeiter. — ²⁾ Einschl. Berlin (West). — ³⁾ Einschl. produzierendes Handwerk u. sonst. Kleingewerbe. — ⁴⁾ Einschl. Bundesbahn und Bundespost (Postbank, Postdienst, Telekom). — ⁵⁾ Einschl. Soldaten. — ⁶⁾ U.a. fotografisches Gewerbe, Wäschereien, Friseure, Gebäudereinigung. — ⁷⁾ Insbesondere freie Berufe, Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

nenbau, Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik) konnte der Maschinenbau im ersten Halbjahr überdurchschnittliche Beschäftigungszuwächse (jeweils 6 vH in beiden Quartalen) erzielen. In den Zweigen Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik lag die Beschäftigung im ersten Halbjahr etwas mehr als 2 vH über dem Vorjahresniveau.

Von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung besonders begünstigt waren das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Diese Bereiche konnten in besonderem Maße von der Ausdehnung der Konsumnachfrage infolge der zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Steuerentlastung, der durch Aus- und Übersiedler gestiegenen Wohnbevölkerung sowie der starken Nachfrage von DDR-Bürgern⁵ profitieren. Nachdem die Beschäftigung im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe seit 1984 nahezu stagniert hatte, wurden in diesem Bereich wieder vermehrt Einstellungen registriert. Die Beschäftigtenzahl lag im zweiten Quartal 1990 um 3,7 vH höher als im Vorjahresquartal. Im Verbrauchsgütergewerbe wurden saisonbereinigt im ersten Halbjahr rund 30 000 Personen zusätzlich eingestellt.

Unterdurchschnittlich entwickelte sich indes die Beschäftigung im Grundstoff- und Produktionsgüter produzierenden Gewerbe. Die Zahl der Beschäftigten nahm lediglich um 1,5 vH (erstes Quartal) bzw. 1,3 vH (zweites Quartal) gegenüber dem jeweiligen Vorjahreswert zu. Saisonbereinigt stagnierte die Beschäftigung im zweiten Quartal 1990.

Wegen der gestiegenen Konsumnachfrage reagierte auch der Handel im ersten Halbjahr mit einer deutlichen Aufstockung des Personalbestandes; hier fanden saisonbereinigt rund 80 000 Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz. Im Vergleich zu 1989 bedeutet dies eine Zunahme um etwa 3,5 vH im ersten Halbjahr.

Einkommensentwicklung in Westdeutschland

Die Einkommenssituation der Arbeitnehmer verbesserte sich in den beiden ersten Quartalen 1990 deutlich. Das monatliche Durchschnittseinkommen stieg im ersten Quartal um 4,1 vH gegenüber dem Vorjahreswert: Im zweiten Quartal wurden sogar 5,1 vH erreicht. Der Einkommensanstieg verteilte sich gleichmäßig auf alle Bereiche, jedoch ist im verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal ein Gefälle in der Einkommensentwicklung zu beobachten. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe dagegen stiegen die monatlichen Durchschnittseinkommen — anders als in den übrigen Zweigen des verarbeitenden Gewerbes — mit 2,8 vH nur gering. Die im Vergleich zu früher hohen Einkommenszuwächse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den beiden ersten Quartalen 1990 beruhen zu einem großen Teil auf der zu Beginn des Jahres vereinbarten Erhöhung der Zulagen, die fast 2 vH-Punkte des Einkommenszuwachses ausmachten.

Insgesamt stieg die Bruttolohn- und -gehaltsumme im ersten Quartal um 6,7 vH, im zweiten Quartal um 7,9 vH. Nachdem die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im ersten Quartal mit 10,4 vH noch deutlich stärker gestiegen waren als die Bruttolohn- und -gehaltsumme, lag die Zuwachsrate im zweiten Quartal mit 5,2 vH deutlich darunter. Im zweiten Quartal kam es im Zuge der Erhöhung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit zu einem verstärkten Anstieg der Lohnstückkosten⁶ von 4,3 vH im Vergleich zum Vorjahresquartal (erstes Quartal 1,7 vH). Diesem Anstieg sollte

⁵ Vgl.: Konsumnachfrage weiter auf hohem Niveau. Der private Verbrauch in der Bundesrepublik Deutschland im zweiten Quartal 1990. Bearb.: Jochen Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 38/1990.

⁶ Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit zu realem Bruttoinlandsprodukt; Index 1980 = 100.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹⁾ in Westdeutschland²⁾
in 1000

	1987		1988				1989				1990	
	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II
Land- u. Forstwirtschaft	230	230	229	227	231	229	233	227	227	226	233	228
Produzierendes Gewerbe	10119	10115	10090	10079	10102	10108	10190	10179	10216	10281	10415	10446
dar.: Verarb. Gewerbe	8017	8012	8004	8004	8020	8035	8075	8108	8151	8198	8291	8348
Baugewerbe	1641	1644	1627	1619	1628	1622	1664	1624	1620	1639	1681	1657
Handel und Verkehr	4781	4797	4818	4837	4851	4866	4900	4915	4932	4967	5014	5064
Dienstleistungen	9040	9087	9155	9167	9208	9248	9326	9376	9412	9463	9551	9626
Beschäftigte, insgesamt	24170	24229	24292	24310	24392	24451	24648	24697	24788	24937	25212	25365

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — ²⁾ Einschl. Berlin (West).

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Wichtige Tarifabschlüsse 1989/90 * in Westdeutschland¹⁾

Wirtschaftszweig	Tarif- erhöhung in vH	Nebenregelungen	Beginn der Laufzeit ²⁾
Bankgewerbe	4,6	Verbesserungen in der Einkommensstruktur der unteren Gehaltsgruppen und bei den Auszubildenden. Einführung eines dreieinhalbjährigen Elternurlaubs mit Wiedereinstellungsgarantie unter bestimmten Voraussetzungen.	1.11.89
Öffentlicher Dienst		Verbesserungen bei den allgemeinen Zulagen (im Durchschnitt rd. 1,8 vH).	1.1.90
Groß- und Außenhandel ³⁾	4,9	Höhere Vergütungen bei den Eingangsgehältern.	1.3.90
Baugewerbe	5,8	Für gewerbliche Arbeitnehmer gibt es eine zusätzliche Tarifsteigerung von 0,5 vH. Einführung des 13. Monatseinkommens von derzeit 60 vH in drei Stufen bis 1992.	1.4.90
Metallindustrie	6,0	Tariferhöhung vom 1.6.90 an. Für die Monate April und Mai 1990: rd. 650 DM Pauschalbetrag. Einführung der 35-Stunden-Woche in zwei Stufen bis 1995. Flexiblere Tages- und Wochenarbeitszeiten.	1.4.90
Druckindustrie	6,8	Einführung der 35-Stunden-Woche bis 1995.	1.4.90
Textilindustrie		Der Tarifabschluß von 1988 sah vom 1.5.90 an eine Tariferhöhung von 2 vH vor. Diese wird vom 1.11.90 an um weitere 2,7 vH aufgestockt. Außerdem erhalten die Arbeiter und Angestellten im Juli 1990 eine Sonderzahlung von 440 DM, die Auszubildenden von 150 DM.	Ergänzung zum Abschluß vom 1.5.88 (36 Monate)
Chemische Industrie	6,5	Für den ersten Monat der Laufzeit wurde ein Pauschalbetrag vereinbart, der mindestens 6,5 vH des Tarifentgelts betragen muß.	1.7./1.8. 1.9.90 4)

* In der Reihenfolge der Abschlüsse. — ¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Laufzeit: 12 Monate, falls nicht anders vermerkt. — ³⁾ Für das Tarifgebiet Bayern. — ⁴⁾ Regional unterschiedlich.

jedoch im Hinblick auf das gesamtwirtschaftliche Preisniveau keine zu große Bedeutung zugemessen werden. Entscheidend beeinflußt wurde diese Entwicklung nämlich dadurch, daß die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal wesentlich schwächer stieg als vorher. Ausschlaggebend dafür wiederum war, daß — anders als 1989 — das Osterfest 1990 ins zweite Quartal fiel und dadurch weniger Arbeitstage zur Verfügung standen, der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts somit geringer ausfiel.

Aufgrund der Lohn- und Einkommensteuerreform 1990 kam es zu einem sehr hohen Anstieg der Nettolohn- und -gehaltsumme. Im ersten Halbjahr erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr die Einkommen der beschäftigten Arbeitnehmer nach Abzug der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge um mehr als 10 vH. Angesichts der moderaten Preisentwicklung konnte damit im ersten Halbjahr 1990 eine deutliche Verbesserung der realen Einkommenssituation erreicht werden.

In Ostdeutschland kam es schon im ersten Halbjahr zu teilweise erheblichen Erhöhungen der Löhne und Gehälter. Begründet wurden diese Einkommensverbesserungen mit steigenden Lebenshaltungskosten aufgrund gestrichener Subventionen für Güter des täglichen Bedarfs.

Insgesamt erhöhten sich die Einkommen im ersten Halbjahr in der damaligen DDR um etwa 9 vH. Auch für das dritte Quartal schätzt das DIW — auf der Basis der bis jetzt bekannten Tariflohnabschlüsse — einen Anstieg der Löhne und Gehälter um 25 vH gegenüber 1989. Offen ist jedoch, ob die vereinbarten Tariflöhne von den Betrieben in voller Höhe bezahlt werden.

Ausblick

Die Beschäftigung in Westdeutschland wird auch im dritten Quartal weiterhin kräftig steigen. Offen ist aller-

Beschäftigung, Bruttolöhne und -gehälter sowie Durchschnittseinkommen in Westdeutschland¹⁾
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

	1988	1989	1988			1989				1990		
			II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III ²⁾
Beschäftigung	0,9	1,6	0,9	0,8	0,9	1,5	1,6	1,6	1,8	2,6	2,7	2,7
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,6	3,3	3,8	3,8	5,2	4,3	4,5	4,6	6,7	7,9	8
Durchschnittseinkommen	3,0	3,0	2,4	2,9	2,9	3,7	2,7	2,9	2,8	4,1	5,1	5,5

¹⁾ Einschl. Berlin (West). — ²⁾ Schätzung; Bruttolohn- und -gehaltssumme und Durchschnittseinkommen gerundet.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

dings die Frage, wie stark die Zunahme der Zahl der Pendler aus dem Gebiet der früheren DDR ausfällt.

Die Einkommensentwicklung wird sich auch im dritten Quartal nicht wesentlich ändern. Bei leicht zunehmenden Tariflohnerhöhungen und weiterhin stark steigender Beschäftigung ist ein Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme um 8 vH wahrscheinlich.

Es ist zu erwarten, daß sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt der früheren DDR in den kommenden Monaten noch einmal verschärfen wird; dabei dürfte die Kurzarbeiterregelung vorerst noch in großem Maße in Anspruch genommen werden.

Für die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf dem Gebiet der früheren DDR muß berücksichtigt werden, daß das Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit nicht einzig und allein dem Zusammenbruch der ineffizienten und arbeitsintensiven Kommandowirtschaft zuzuschreiben ist. Die Einführung der D-Mark führte zusätzlich zu einer massiven Aufwertung der Währung für das Wirtschaftsgebiet der damaligen DDR. Das daraus resultierende Wegbrechen der Exportmärkte, die massiven Käufe von DDR-Bürgern in Westdeutschland sowie die Verbilligung der Importe bewirkten

bei einem unzureichenden Produktangebot der einheimischen Industrie einen erheblichen Nachfrageausfall.

Diesem Nachfrageausfall kann ein befristetes und gezieltes Nachfrageprogramm entgegenwirken. Zwei Bereiche der Nachfrage sollten gestützt werden: Der Handel mit den osteuropäischen Staaten und die staatliche Infrastruktur. Möglich wäre eine — im Zeitablauf sinkende — Subventionierung des Handels mit den Ländern in Osteuropa, zu denen traditionelle Handelsbeziehungen bestehen, um die Anpassungsschwierigkeiten beim Übergang zur Abrechnung des Handels in konvertibler Währung zu überbrücken. Diese Maßnahme ist nicht zuletzt im Hinblick auf die langfristige Sicherung von Absatzmärkten von Bedeutung. Daneben müssen Bereiche gefördert werden, deren Nachfrage in erster Linie Unternehmen in Ostdeutschland zugute kommen. Maßnahmen zum Ausbau und zur Korrektur der Infrastruktur — vor allem also Investitionsausgaben der Kommunen — haben diese Wirkung. Deshalb ist es unabdingbar, die Mittelzuweisungen für die Kommunen massiv zu erhöhen. Notwendig wäre auch eine weitere Ausdehnung der Umschulungs- bzw. Weiterbildungsprogramme, damit ein wichtiger Standortvorteil des Gebietes der früheren DDR, nämlich das gut ausgebildete Arbeitskräftepotential, nicht verlorengeht.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dieter Teichmann.

Verantes Deutschland — geteilte Frauengesellschaft? Bearbeitet von Ellen Kirner, Erika Schulz und Juliane Roloff. —
Gespaltenen Arbeitsmarkt. Bearbeitet von Wolfgang Scheremet.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten

— Hierzu ein Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —

Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Arbeitslose		Offene Stellen		Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe (Volumen) ²⁾											
						Insgesamt	dav.: Hauptgruppen				Inland		Ausland				
							Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbe	Investitions-gütergewerbe	Verbrauchs-gütergewerbe								
		in 1000				1985 = 100											
		mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1988	J	2246		175		105,6		107,4		104,0		107,7		106,3		104,4	
	F	2254	2257	174	176	104,3	104,8	106,0	107,0	102,4	102,8	107,5	107,6	104,5	104,8	103,9	104,7
	M	2273		178		104,6		107,5		102,0		107,7		103,7		105,9	
	A	2276		183		103,9		107,1		101,3		106,3		103,7		103,9	
	M	2274	2273	186	187	107,1	106,2	109,1	108,0	105,9	104,8	107,7	107,5	107,2	106,1	107,0	106,3
	J	2270		191		107,6		107,7		107,3		108,5		107,3		108,0	
	J	2257		195		108,7		106,2		110,3		108,1		109,5		107,6	
	A	2236	2237	198	196	109,4	109,3	110,0	108,6	108,9	109,8	109,7	109,1	108,5	109,3	110,9	109,4
	S	2217		195		109,9		109,6		110,2		109,6		110,0		109,8	
	O	2196		193		109,6		107,9		110,7		109,2		108,2		112,1	
	N	2158	2157	197	198	111,4	111,7	110,5	109,9	111,9	112,9	111,4	110,9	110,6	110,8	112,9	113,3
	D	2119		205		114,0		111,4		116,1		112,0		113,6		114,9	
1989	J	2062		211		112,0		110,3		112,7		112,9		112,8		110,8	
	F	2042	2038	217	216	114,2	114,8	111,3	111,7	115,7	116,6	114,4	114,5	113,6	114,9	115,4	114,9
	M	2010		221		118,3		113,5		121,5		116,2		118,2		118,4	
	A	2046		227		117,1		112,2		120,5		115,0		116,3		118,6	
	M	2068	2055	238	237	115,0	116,5	110,3	111,4	117,6	119,8	113,7	114,4	112,8	115,7	118,4	117,8
	J	2052		246		117,4		111,6		121,4		114,5		118,1		116,3	
	J	2032		251		115,9		111,2		118,9		113,9		115,0		117,3	
	A	2013	2015	261	264	114,3	116,0	109,6	110,6	116,4	118,9	115,3	115,4	113,1	115,1	116,3	117,4
	S	2001		281		117,7		111,1		121,5		116,9		117,2		118,7	
	O	1997		298		116,8		112,3		119,3		116,6		117,1		116,4	
	N	2017	1998	305	302	118,6	119,7	111,6	111,8	122,6	124,3	117,9	118,2	117,0	119,2	121,2	120,5
	D	1981		302		123,7		111,4		131,1		120,2		123,5		123,8	
1990	J	1943		303		118,4		112,0		122,4		116,7		118,7		118,0	
	F	1922	1907	305	305	118,8	119,0	111,4	112,5	121,8	122,3	121,6	119,6	118,5	118,4	119,2	119,9
	M	1855		308		119,8		114,0		122,6		120,5		118,1		122,5	
	A	1917		314		117,6		113,2		120,6		115,3		117,4		117,8	
	M	1934	1929	322	320	120,8	119,5	111,0	111,7	126,0	123,9	120,4	118,6	123,0	121,1	117,3	117,0
	J	1936		324		120,1		111,0		125,0		120,2		122,8		115,9	
	J	1917		326		121,7		111,3		126,8		123,3		124,8		116,9	
	A	1884	1883	322	320	124,4		113,5		130,1		125,0		130,6		114,5	
	S																
	O																
	N	1849		312													
	D																

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.

noch: Ausgewählte saisonbereinigte Konjunkturindikatoren¹⁾

		Beschäftigte im Bergbau und im verarbeitenden Gewerbe	Produktion im produzierenden Gewerbe ²⁾								Umsätze des Einzel- handels zu Preisen von 1980		Außenhandel (Spezialhandel) ²⁾					
			Verarbei- tendes Gewerbe	dav.: Hauptgruppen				Bauhaupt- gewerbe	Ausfuhr				Einfuhr					
				Grundstoff- u. Produktions- gütergewerbe		Investitions- gütergewerbe												
			in 1000		1985 = 100								1986 = 100		Mrd. DM zu Preisen von 1980 ³⁾			
			mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.	mtl.	vj.
1988	J	7108		105,4		104,6		106,2		120,6		104,3		38,4		34,0		
	F	7105	7106	104,7	105,3	102,8	103,3	106,2	106,6	113,3	114,0	106,7	107,2	38,1	38,8	35,1	35,4	
	M	7105		105,7		102,4		107,3		108,1		110,5		39,8		37,1		
	A	7103		104,0		104,1		104,8		106,2		102,6		39,5		35,1		
	M	7108	7107	106,4	105,9	103,9	104,4	108,5	107,5	108,9	107,1	107,7	105,7	41,1	40,8	37,5	36,2	
	J	7109		107,3		105,3		109,2		106,2		106,8		41,8		35,9		
	J	7107		105,7		106,4		106,5		108,2		105,9		42,2		37,7		
	A	7116	7116	108,9	107,8	106,4	106,8	111,7	109,8	112,9	111,7	108,1	108,0	42,4	41,9	37,9	37,7	
	S	7124		108,9		107,7		111,3		113,9		110,0		41,1		37,4		
	O	7125		108,2		108,8		110,0		113,6		106,0		43,6		39,4		
	N	7129	7130	108,7	108,7	107,6	108,3	110,5	110,7	112,3	112,9	111,0	109,0	42,9	43,2	37,7	38,9	
	D	7137		109,3		108,6		111,5		112,7		110,0		43,2		39,4		
1989	J	7156		111,0		108,5		114,8		134,9		108,7		46,0		39,6		
	F	7169	7167	110,2	111,0	108,4	109,1	113,1	114,1	132,5	133,4	108,7	109,2	44,8	45,0	39,3	38,9	
	M	7176		111,7		110,5		114,5		132,9		110,3		44,3		37,7		
	A	7175		112,5		107,8		116,8		110,3		106,7		44,4		39,5		
	M	7188	7188	108,9	111,3	106,2	107,1	111,8	115,2	106,1	109,1	109,1	108,9	43,5	44,5	38,6	39,5	
	J	7201		112,4		107,2		116,9		110,8		111,0		45,7		40,3		
	J	7220		113,5		108,9		118,9		109,5		106,1		43,6		39,4		
	A	7237	7229	111,9	113,0	108,1	109,0	115,3	117,3	114,1	112,6	112,1	109,5	45,1	44,6	39,7	39,8	
	S	7231		113,5		110,0		117,6		114,1		110,2		45,1		40,3		
	O	7254		114,3		110,1		118,4		120,3		109,1		44,4		40,7		
	N	7272	7273	114,7	115,3	109,9	110,9	119,5	119,7	123,2	122,0	112,8	110,3	45,6	44,8	41,9	41,4	
	D	7292		116,8		112,7		121,2		122,5		109,1		44,4		41,6		
1990	J	7338		115,2		108,9		121,4		124,3		114,4		48,4		43,3		
	F	7363	7357	116,2	116,4	110,3	110,5	121,5	121,8	136,1	134,4	113,6	114,9	46,7	47,5	41,9	42,4	
	M	7371		117,9		112,2		122,6		142,8		116,6		47,4		41,9		
	A	7376		114,6		110,2		118,3		119,5		113,1		46,0		44,8		
	M	7392	7389	118,3	116,9	108,7	109,8	124,0	121,5	120,7	117,2	118,6	115,5	45,3	44,4	41,9	43,2	
	J	7398		117,8		110,4		122,2		111,5		114,7		42,0		42,9		
	J	7419		119,3		109,9		124,8		117,7		120,6		44,8		44,0		
	A			117,7		109,1		121,5		112,2		123,1		45,3		45,3		
	S																	
	O																	
N																		
D																		

¹⁾ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). Dieses Verfahren hat die Eigenschaft, daß sich beim Hinzufügen eines neuen Wertes davorliegende saisonbereinigte Werte in der Zeitreihe auch dann ändern können, wenn deren Ursprungswert unverändert geblieben ist. Die Vierteljahreswerte wurden aus den saisonbereinigten Monatswerten errechnet. — ²⁾ Außerdem arbeitstäglich bereinigt. — ³⁾ Index der Durchschnittswerte — soweit nicht veröffentlicht — vom DIW geschätzt.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit und Statistisches Bundesamt.